

PRESSEMITTEILUNG

Rede des Ministers für Inneres und Sport, Herrn Lorenz Caffier, zum Antrag der Fraktion DIE LINKE "Verhandlungen über den Zukunftsvertrag unverzüglich beginnen" in der Landtagssitzung am 17.11.2011

IM

Datum: 17.11.2011

Nummer:

Es gilt das gesprochene Wort!

Frau Präsidentin,
meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten,

ich freue mich, dass die Fraktion DIE LINKE, mit ihrem vorliegenden Antrag ein wichtiges Ziel der Koalitionspartner unterstützt. Diese nämlich haben in Ziffer 326 der Koalitionsvereinbarung festgelegt, mit den Kommunen einen "**Zukunftsvertrag**" zu vereinbaren, der alle wesentlichen Fragen im Verhältnis zwischen Land und Kommunen regelt.

Ich betone ausdrücklich: es handelt sich um einen Vertrag, bei dem auf beiden Seiten gleichberechtigte Partner stehen. Die Landesregierung beabsichtigt nicht, die Kommunen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Wir werden mit den Kommunen verhandeln. Die gegenteilige Behauptung in Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von den LINKEN ist schlicht falsch und legt den Koalitionsvertrag bewusst falsch aus.

Meine Damen und Herren,

wichtige Bestandteile des "Zukunftsvertrages" sind der kommunale Konsolidierungsfonds und der Kofinanzierungsfonds. Die nähere Ausgestaltung beider Fonds wird in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen erarbeitet. Bevor ich jedoch auf diese Zusammenarbeit eingehe, möchte ich Ihnen noch einmal kurz die Zielrichtung beider Fonds erläutern:

Ministerium für Inneres und Sport

Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 1

19055 Schwerin

Telefon: +49 385 588-2003

Telefax: +49 385 588-2971

E-Mail: presse@im.mv-regierung.de

Internet: www.im.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Marion Schlender

Zur Unterstützung der kommunalen Bemühungen einer stringenten Haushaltskonsolidierung wird – gewissermaßen als Hilfe zur Selbsthilfe - zum 1. Januar 2012 ein **Haushaltskonsolidierungsfonds** in Höhe von 100 Millionen Euro eingerichtet. Dieses Geld wird im Doppelhaushalt 2012/2013 veranschlagt und ist für hochdefizitäre Kommunen vorgesehen, die einen Haushaltsausgleich aus eigener Kraft im Finanzplanungszeitraum nicht erreichen können.

Die Landesregierung plant darüber hinaus einen **Kofinanzierungsfonds** mit einem Volumen von 50 Millionen Euro. Dieser Fonds dient der anteiligen Förderung von Eigenanteilen zur Kofinanzierung kommunaler Investitionen. Er wird besonders strukturschwachen Kommunen zugute kommen.

Ich habe eingangs betont, dass mein Haus bei der Erarbeitung der Förderbedingungen eng mit den Kommunen zusammenarbeiten wird. Aus diesem Grund fand heute vor genau einer Woche ein erstes Gespräch mit Vertretern der kommunalen Landesverbände statt. Ich setze von Anfang an auf eine transparente und konstruktive Gesprächskultur zwischen Land und Kommunen. Der Zukunftsvertrag wird den Kommunen die nötige Planungssicherheit geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
die Kommunalfonds sind aber nur eine Seite der Medaille. Darüber hinaus wird auch zu prüfen sein, inwieweit andere Themen, wie etwa die **Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, der Umgang mit der demografischen Entwicklung oder die Entschädigung von Ehrenamtlern auf kommunaler Ebene** in den Zukunftsvertrag einfließen können.

Fest steht: Maßstab des **Finanzausgleiches** ist eine faire Partnerschaft zwischen Land und Kommunen. Die Landesregierung wird jederzeit eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gewährleisten.

In dieser Legislaturperiode wird dafür zuerst das bestehende Finanzausgleichssystem evaluiert. Sofern dabei Änderungsbedarf am derzeit geltenden FAG festgestellt wird, werden wir eine Novellierung des Gesetzes vorbereiten.

Die Überprüfung wird in der gerade eingerichteten Arbeitsgruppe des FAG-Beirates erfolgen und, sofern es

erforderlich ist, gutachterlich begleitet. In der Arbeitsgruppe arbeiten neben dem Finanz- und dem Innenministerium auch die kommunalen Landesverbände mit. Durch diese Einbeziehung der Kommunen ist die Berücksichtigung ihrer Interessen jederzeit sichergestellt.

Meine Damen und Herren,
Landtag und Landesregierung haben sich gemeinsam der Schaffung **zukunftsfähiger Verwaltungsstrukturen** verschrieben. Unsere Kommunen sollen auch weiterhin in der Lage sein, ihre Selbstverwaltungsaufgaben unter den sich wandelnden Rahmenbedingungen effizient und bürgernah erfüllen zu können.

Dazu wird die Landesregierung ein Leitbild „Gemeinde der Zukunft“ erarbeiten. Die Ergebnisse der Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ sind dafür eine wichtige Diskussionsgrundlage.

Darüber hinaus bietet die Landesregierung den neuen Landkreisen Gespräche darüber an, wie diese die Arbeitsbedingungen ihrer kommunalpolitisch Tätigen verbessern können.

Zunächst gilt es, eine Übergangslösung zur Entschädigung der Kreistagsmitglieder zu schaffen. Anschließend wird eine **Entschädigungskommission** zu bilden sein, die gemeinsam mit der kommunalen Ebene Empfehlungen für eine angemessene Entschädigung ehrenamtlicher Amts- und Mandatsträger erarbeiten wird.

Frau Präsidentin,
meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten,

ich fasse zusammen: die Landesregierung nimmt die Zusammenarbeit mit den Kommunen sehr ernst. Es bedarf keines Antrages der Opposition, um die von den Koalitionspartnern gesteckten Ziele umzusetzen. Es ist sinnlos offene Türen einzurennen. Und deshalb ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE abzulehnen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.